

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 26. April 2023

§ 129

Motion Sabine Steinmann, Oberurnen, und Mitunterzeichner «Ausbildungsoffensive für die Pflegeberufe - Unterstützung für die Betriebe»

(Bericht Regierungsrat, 21.3.2023)

Sabine Steinmann, Oberurnen, Unterzeichnerin, beantragt im Namen der SP-Fraktion Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates und somit die Überweisung der Motion. – Die Pflegeinitiative wird in zwei Etappen umgesetzt. Die erste Etappe beinhaltet die sogenannte Ausbildungsoffensive, die zweite Etappe betrifft die Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen. Die Motion, die durch Landräte und Landrätinnen aus allen Fraktionen unterstützt wurde, betrifft die Ausbildungsoffensive. Obwohl der Bund zuständig ist, gibt es Gründe für diese Motion. Denn es eilt. Viele Pflegende verlassen den Beruf. Der Zugang zu Pflege von hoher Qualität soll für alle Menschen garantiert sein. Gibt es zu wenig Pflegende, ist das nicht mehr der Fall. Es pressiert mit der Schaffung der gesetzlichen Grundlagen, damit ab dem 1. Juli 2024 die Bundesbeiträge abgeholt werden können. Diese sind ab diesem Datum auf acht Jahre befristet. Will der Kanton Glarus maximal profitieren, ist jetzt die Vorarbeit zu leisten. Auch bei den Betrieben pressiert es. Deren Kernaufgabe im Bereich der Pflege ist es, für das Wohlbefinden und die Sicherheit der Patienten und Bewohner zu sorgen. Weil es einen Personalmangel gibt, werden die Mitarbeitenden am Bett eingesetzt, damit man dieser Kernaufgabe gerecht wird. Dadurch leidet wiederum die Berufsbildung. Der Bund sieht darum vor, Förderbeiträge an die Betriebe für ihre Aufwände für die praktische Ausbildung im Bereich HF und FH zu entrichten. Im Kanton Glarus ist die Berufsbildung auf der Sekundarstufe 2 wichtig. Die Lehre hat einen grossen Stellenwert. Das ist gut und richtig und soll auch so bleiben. Die Motion fordert, dass auch die berufliche Grundbildung – also EBA und EFZ – von Förderbeiträgen profitiert. Die Berufsbildung ist in der Pflege relativ aufwendig, vor allem auch, was die ethischen Dimensionen betrifft. Man kann eine 16-Jährige in gewissen Situationen nicht alleine lassen. Ausserdem ist die Grundbildung Zulieferin zu den HF-Studiengängen. Es braucht Berufsleute mit EBA und EFZ in der Pflege in den Betrieben im Glarnerland. Es ist deshalb zu hoffen, dass der Regierungsrat das Anliegen aufnimmt und die berufliche Grundbildung miteinbezieht. – Zu danken ist den Mitunterzeichnenden der Motion und den drei involvierten Departementen unter der Federführung durch das Departement Bildung und Kultur für den Schnellstart der Projektplanung und dafür, dass alle Player – die Betriebe, die Gemeinden, das Bildungszentrum Gesundheit und Soziales, die Organisation der Arbeitswelt Gesundheit, Vertretungen der Pflegekräfte wie das Komitee Pflege und der Berufsverband – alle dazu eingeladen sind. – Für die zweite Etappe der Umsetzung der Pflegeinitiative ist ein Anliegen zu deponieren. Es geht dabei um die Anstellungsbedingungen. Dieses Thema muss parallel angegangen werden. Das Komitee Pflege sammelte fast 2000 Unter-

schriften für die Petition «Für eine gute Pflege und genug Personal». Der Regierungsrat antwortete darauf, dass er sich vorstellen kann, dass der Kanton die Zusammenarbeit mit den Betrieben im Rahmen der neuen Kommission Pflege und Betreuung koordiniert. Diese Kommission setzt sich auch aus Vertretungen der Gesundheitsbetriebe zusammen und ist seit Anfang 2023 in der Pflege- und Betreuungsverordnung vorgesehen. Eine baldige Konstitution ist wichtig, damit die Betriebe im Glarnerland auch punkto Arbeitsbedingungen am gleichen Strick ziehen.

Andrea Bernhard, Glarus, Unterzeichner, spricht sich für die Überweisung der Motion aus. – Im regierungsrätlichen Bericht heisst es, dass in Teilgruppen geprüft wird, ob alle Themenbereiche auch wirklich angegangen werden sollen. Diesbezüglich ist wichtig, dass die Themen «Lohn und weitere Beiträge an Lernende» sowie «Arbeitsbedingungen Lernende» nicht gestrichen werden. Man hörte ja heute Morgen bereits vom Sparpotenzial bei Stipendien. Gerade für die jungen Leute ist es essenziell wichtig, dass sie sich finanziell unabhängig weiterbilden können – sei das als Student oder Studentin im Bereich Pflege oder sonst als Arbeitnehmende in diesem Bereich.

Regierungsrat *Markus Heer* beantragt die Überweisung der Motion. – Es ist wohl unbestritten, dass für den Erhalt – nicht die Verbesserung – der Qualität der Pflege zusätzliche Pflegekräfte auszubilden sind. Insofern rennen die Motionärinnen und Motionäre offene Türen ein. Auch dem Regierungsrat ist es wichtig, die Ausbildung im Pflegebereich zu fördern und vor allem bereit zu sein, wenn das Bundesgesetz im nächsten Sommer in Kraft tritt. Dann muss der Kanton die Unterstützung des Bundes abholen. Deshalb tat der Regierungsrat etwas, das er sonst nicht so häufig tut: Er betraute gleich drei Departemente mit dieser Aufgabe: Finanzen und Gesundheit, Volkswirtschaft und Inneres sowie Bildung und Kultur. Die zuständigen Gremien arbeiten schon seit März am Projekt «Ausbildungsoffensive». Alle Anspruchsgruppen werden dabei einbezogen. Dabei wird auch geprüft, ob einzelne Massnahmen nicht bereits auf das Schuljahr 2023/2024 ergriffen werden können. Das hilft auch in der Argumentation gegenüber dem Bund. Der Kanton wird im nächsten Jahr begründen müssen, welche Beträge er weshalb erhalten soll. Der Regierungsrat teilt die Auffassung der Motionärinnen und Motionäre, dass die berufliche Grundbildung in der Pflege – wie auch in anderen Bereichen – sehr wichtig ist. Er ist deshalb bereit, zu prüfen, inwiefern die Grundbildung gefördert werden kann. Richtig ist auch, dass die Arbeitsbedingungen im Pflegebereich sehr wichtig sind. Es nützt nichts, wenn nun viele Leute ausgebildet werden können, diese aber nach wenigen Jahren den Beruf verlassen, weil die Arbeitsbedingungen nicht gut sind. In diesem Bereich müssen jedoch die Betriebe die Führungsrolle übernehmen. Das ist nicht primäre Aufgabe des Kantons. Dieser kann den Anstoss geben und koordinieren. Es ist vorgesehen, dass dieses Thema in der Pflege- und Betreuungskommission behandelt wird. Hier braucht es aber noch etwas Geduld. Denn mit der Umsetzung des Pflege- und Betreuungsgesetzes hat das zuständige Departement eine Herkulesaufgabe erhalten. Das Projekt ist komplex. Man kann nicht alles auf einmal machen. – Landrat *Andrea Bernhard* sprach den Themenkatalog an. Das Thema Löhne und die weiteren Beiträge stehen nicht zur Debatte. Dort gibt es teilweise sogar bundesgesetzliche Vorgaben. In diesem Bereich geht es nicht primär um die jungen Leuten, sondern zum Beispiel um Quereinsteigerinnen, die bereits Kinder haben und sich eine Ausbildung nicht leisten können. Es macht einen Unterschied, ob eine Ausbildung mit 20 oder mit 35 Jahren begonnen wird. Ein Thema, das allenfalls nicht weiterbearbeitet wird, ist zum Beispiel der Berufsbildungsfonds. Es ist zu prüfen, ob das wirklich der richtige Weg ist. Im Moment scheint das nicht der Fall zu sein. Klar ist auch, dass gewisse Entscheide durch den Landrat zu treffen sind. Nicht alle Massnahmen liegen in der Kompetenz des Regierungsrates. – Für die Überweisung der Motion ist zu danken. Es ist gut, dass die Verwaltung dieses Thema bereits aufgegriffen hat. Man muss bereit sein, es steht viel Arbeit an und es wäre um jeden verpassten Monat schade, für den der Bund Geld sprechen und die Hälfte der Kosten übernehmen würde.

Darüber hinaus wird das Wort nicht mehr verlangt. Die Motion ist überwiesen.

